



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VVN - Bund der Antifaschisten

Landesvereinigung Schleswig-Holstein e.V.

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de mail: vvn-bda-sh@t-online.de
www.kueste.vvn-bda.de

Eckernförde, d. 1. Februar 2011

An
Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bundeskanzleramt

Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder,

Die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bspitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen, demokratieschädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Büchsel,
Landesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Landesvereinigung Schleswig-Holstein

Eckernförde, d. 1. Februar 2011